

# «Klimaschutz muss regional sein»

Klima Internationale Klimagipfel verlaufen oft harzig und bringen nicht immer Erfolg. Sind lokale Vorstösse letzten Endes genauso wichtig wie globale Vereinbarungen? Ein Gespräch mit dem Schweizer Klimaforscher Thomas Stocker.

INTERVIEW STEFAN BOSS

**Thomas Stocker, die Lausanner Uni-Professorin Julia Steinberger und andere Aktivist\*innen von Renovate Switzerland haben sich aus Enttäuschung über das schleppende Vorankommen beim Klimaschutz an die Strasse festgeklebt. Verstehen Sie ihre Enttäuschung?**

Thomas Stocker: Absolut. Ich teile diese Enttäuschung schon seit rund zwanzig Jahren. Es gab ja so viele politische Vorstösse in der Schweiz im Bereich Energie und Klima. Und seit Jahrzehnten sind es immer die gleichen Akteure wie Economiesuisse und Gewerbeverband, die solche Vorlagen durch zum Teil aufwendig gemachte Abstimmungskampagnen verhindern oder abschwächen. Deshalb verfügen wir noch immer über kein griffiges Klimaschutzgesetz. An die Strasse festkleben würde ich mich persönlich nicht, ich kann aber absolut nachvollziehen, was Julia Steinberger und ihre Kolleg\*innen machten. Die rote Linie ist jedoch für mich überschritten, wenn man Kulturgüter beschädigt oder sie durch Aktionen in Mitleidenschaft zieht.

**Der Pariser Klimavertrag von 2015 sieht vor, die Temperaturerhöhung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Ist die Schweiz auf Kurs, dieses Ziel zu erreichen?**

Leider ist sie in keiner Weise auf Kurs. Man muss ja den gesamten Konsum betrachten, nicht nur die in der Schweiz ausgestossenen Treibhausgase, die zum Beispiel durch das Heizen und das Autofahren verursacht werden. Im Ausland hergestellte Konsumgüter müssen mitberücksichtigt werden, man spricht hier von sogenannten grauen Emissionen.

**Die UNO-Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh hat kaum Fortschritte gebracht. Industrie- und Entwicklungsländer sind sich uneinig.**

Man darf nicht von jeder Klimakonferenz erwarten, dass sie den Durchbruch bringt.



Klimakonferenzen sind notwendig als internationale Dialogplattform. Die Eini-gung auf das Pariser Klimaabkommen von 2015 war sicher ein historischer Erfolg – sie war das Ergebnis von 21 Klimakonfe-renzen seit 1995. Die Klimakonferenz 2022 in Sharm el-Sheikh brachte nun einen Stillstand. Ein Problem bestand darin, dass vor Ort die Vertreter von Big Oil sehr einflussreich waren.

**Besteht die Lösung in mehr staatlichen Vorschriften?**

Ja, es braucht Rahmenbedingungen auch innerhalb der Schweiz. Wenn man als Ge-sellschaft in eine Richtung gehen will, ist es am einfachsten, wenn alle dies tun. Ein Beispiel: Wenn Sie auf der Autobahn in eine gefährliche Kurve fahren, sind Sie froh, dass es eine Geschwindigkeitsbe-grenzung gibt. Wenn man sagen würde, es

Der Rhonegletscher fällt dem Klimawandel zum Opfer. Abdeckungen sollen die Schmelze aufhalten.



**Das Parlament hat letzten Herbst einen Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative verabschiedet, über den wir wohl noch dieses Jahr abstimmen werden. Darin wird festgehalten, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral werden soll. Zudem stellt der Bund jährlich 200 Millionen Franken für Gebäudesanierungen und den Ersatz alter Heizungen zur Verfügung. Ein Schritt in die richtige Richtung?**

Auf jeden Fall. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das im Juni 2021 in der Volksabstimmung nach einer massiven Nein-Kampagne scheiterte, wäre zwar deutlich besser gewesen. Die neue Vorlage ist aber ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es gilt nun aufzeigen, dass Klimaschutz eine riesige wirtschaftliche Chance ist, die wir packen sollten. Wenn ich bei mir zuhause eine Wärmepumpe einbaue oder ein Fenster ersetze, profitiert das KMU um die Ecke. Und ich schaffe damit Arbeitsplätze vor Ort. Wenn ich dagegen mit fossiler Energie heize, bezahle ich den Scheich von Abu Dhabi oder Putin, die mir den Brennstoff verkaufen.

**Auch einzelne Städte und Kantone machen vorwärts: Die Stadt Zürich will klimaneutral werden bis 2040. Der Kanton Basel-Stadt will dieses Ziel gar bis 2037 erreichen, wie die Abstimmung über die «Klimagerechtigkeits-Initiative» klarmachte. Können dies Vorbilder sein für andere Kantone?**

Absolut. Der Klimaschutz muss regional erfolgen. Es gibt zwei Ebenen: Es braucht internationale Vorgaben. Eine globale Abgabe für die Emissionen fossiler Energie wäre ideal, ist aber kaum zu realisieren. Gleichzeitig braucht es lokale Massnahmen, weil wir lokal konsumieren und Emissionen verursachen. Neben Zürich und Basel gibt es noch ein anderes gutes Beispiel: Der Kanton Glarus hat 2021 beschlossen, die Neuinstallation fossiler Heizungen zu verbieten. Dank einem Entscheid durch die uralte Tradition der Glarner Landsgemeinde ist nun der von aussen gesehen konservative Kanton Glarus zum Pionierkanton im Schweizer Klimaschutz geworden.

**Was sagen Sie zum etwa von der SVP vorgebrachten Argument, die kleine Schweiz könne nichts beitragen zum Klimaschutz?**

Dieses Argument hören wir seit dreissig Jahren. Meine Antwort lautet: Den Steuer-

betrag, den ich bezahle, gibt mein Wohnkanton – der Kanton Bern – in rund sieben Minuten des Jahres aus. Nun könnte ich sagen: Der Kanton kann doch auf diesen Steuerbetrag verzichten, wenn er für sieben Minuten sein Portemonnaie nicht öffnet. Als Gesellschaft haben wir aber gemeinsame Projekte. Deshalb müssen alle Steuern bezahlen. Der Klimaschutz ist auf globaler Basis ein solches gemeinsames Projekt, bei dem die Schweiz ihren Beitrag leisten muss. Dieser muss pro Kopf sogar höher sein als derjenige eines Chinesen oder einer Chinesin, weil wir schon viel länger Treibhausgase emittieren und deshalb eine historische Verantwortung tragen. Seit der industriellen Revolution haben die alten Industriestaaten nämlich mehr als die Hälfte aller weltweiten Treibhausgase ausgestossen.

**Nun hat der neue SVP-Bundesrat Albert Rösti das Umweltdepartement übernommen. Was bedeutet das für den Klimaschutz?**

Schwer zu sagen. Die Erdölimporteure und Auto Schweiz haben nun persönlichen Zugang zum Umwelt-, Klima- und Energieminister. Das verheisst nichts Gutes. Allerdings muss sich Albert Rösti als Bundesrat mit Fakten auseinandersetzen und kann nicht mehr mit einfachen Parolen oder Falschaussagen seiner Partei die Bevölkerung beeinflussen. Er will sicher auch etwas vorweisen können, und im Klimaschutz heisst das: Reduktion der Treibhausgasemissionen, einschliesslich der grauen Emissionen. Daran wird seine Arbeit gemessen.

FOTO: MARTIN BICHSEL

ist Eigenverantwortung, sieht der eine oder die andere die gefährliche Situation vielleicht nicht und bringt sich oder andere in Gefahr. Mit einem Tempolimit ist die Sache für alle geregelt. Dies ist eine Norm, welche die Gesellschaft als Ganzes akzeptiert hat. So wie wir auch akzeptieren, dass wir alle Steuern bezahlen. Eine solche gesellschaftliche Vereinbarung braucht es auch für den Klimaschutz.

FOTO: REMO EISNER



THOMAS STOCKER, 63, ist Klimaforscher an der Universität Bern und leitet dort die Abteilung für Klima- und Umweltphysik.